

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schlech, Hofflieferant,
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ede,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9—11 Uhr Vorm.

Mr. 411

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie die Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Sonnabend, 15. Juni.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. G. Danke & Co.,
Invalidendau.

Berantwortlich für den Inserat-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1895

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhans.

74. Sitzung vom 14. Juni. 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des Stempelsteuergesches wird fortgesetzt.

Nr. 25 des Tariffs (Fixstempel für Güterkarten 1,50 Mark) wird entsprechend dem Kommissionsbeschluss debattierlos abgelehnt.

Nr. 26 besteuert in der Kommissionstafung Gesellschaftsverträge, wenn sie betreffen a) die Errichtung von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien sowie die Erhöhung des Aktien- oder Grundkapitals mit $\frac{1}{10}$ vom Hundert des Aktien- oder Grundkapitals über der Erhöhung derselben.

Die Errichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie die Erhöhung ihres Stammkapitals, unterliegt einem Stempel von $\frac{1}{10}$ Proz. 1) Falls das Stammkapital bei der Errichtung 100 000 M. oder weniger beträgt; insoweit das Stammkapital über 100 000 M., aber nicht über 300 000 M. erhöht wird, beträgt der Stempel $\frac{1}{10}$ Proz. 2) Falls das Stammkapital bei der Errichtung mehr als 100 000 M. beträgt, aber nicht mehr als 300 000 M., wird $\frac{1}{10}$ Proz. Stempel erhoben; insoweit das Stammkapital über 300 000 M., aber nicht über 500 000 Mark erhöht wird, $\frac{1}{10}$ Proz. 3) Falls das Stammkapital mehr als 500 000 M., aber nicht über 500 000 M. beträgt, 1 Proz.

Nr. 26 b ist für die Errichtung einer Kommanditgesellschaft oder offenen Handelsgesellschaft sowie Verabredungen über neu einzutretende Mitglieder und über Erhöhung der Einlagen einen Fixstempel von 1,50 M. fest.

Nach Nr. 26 c unterliegt das Einbringen von nicht in Geld bestehenden Vermögen in eine der unter a bezeichneten Gesellschaften einem Stempelsatz von 1 Prozent, insoweit es sich dabei um unbewegliche außer Landes belegene Sachen oder diesen gleich geachtete Rechte handelt, einem Fixstempel von 1,50 M., bei beweglichen Vermögensgegenständen $\frac{1}{10}$ Proz., bei Forderungsrechten $\frac{1}{10}$ Proz.

Nr. 26 d unterwirft die erstmalige Feststellung des Statuts von Gesellschaften aller Art, Gewerkschaften, Genossenschaften, Korporationen, Stiftungen, Vereinen und Anstalten in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, sofern nicht nach früheren vorliegenden Bestimmungen ein höherer Stempel zu entrichten ist, einem Fixstempel von 1,50 M. Befreit sind Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherungs- und Unterstützungsstellen, denen die Versicherungsnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen beizutreten verpflichtet sind, und eingetragene Genossenschaften, welche die Gewinnverteilung ausgeschlossen haben.

Abg. Schenk (Frl. Vp.) beantragt, 26 a in der Weise abzuändern, daß die Gesellschaften mit beschränkter Haftung resp. die Erhöhung ihres Grundkapitals ohne besonderen Tarif gleich wie Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit $\frac{1}{10}$ Proz. besteuert werden sollen.

Die nationalist. Abg. Haae, Haussmann, Dr. Krause, Noelle und Reichardt beantragen, den Tarif für Gesellschaften mit beschränkter Haftung dahin abzuändern, daß für 100 000 M. $\frac{1}{10}$, 300 000 M. $\frac{1}{10}$, 500 000 M. $\frac{1}{10}$, 1 000 000 M. und für mehr als 1 000 000 M. 1 Prozent Stempel erhoben wird.

Der Abg. Kirsch (Cir.) hat gleichfalls eine Tarifherabsetzung für den Fall der Erhöhung des Stammkapitals von Gesellschaften mit beschränkter Haftung beantragt.

Abg. Jansen (Cir.) will in 26 a zu 4 noch den Zusatz machen „— oder über 500 000 M. erhöht wird“.

Abg. Richter (Frl. Vp.) beantragt

1. In Tariffstelle 26 a im ersten Absatz (Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien) zu setzen statt „ein Fünftzigstel Prozent“ „1 M. 50 Pf.“

2. In Tariffstelle 26 a den Tarif im zweiten Absatz für Gesellschaften mit beschränkter Haftung derart zu normieren, daß statt $\frac{1}{10}$ Prozent „1 M. 50 Pf.“, statt $\frac{1}{10}$ Prozent „10 M.“, statt $\frac{1}{10}$ Prozent „50 M.“, statt „1 Prozent“ gesetzt wird 100 M.

3. In Tariffstelle 26 c zu setzen statt: „in einer Gesellschaft der unter a bezeichneten Art“ „in einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien“. (Danach soll das Einbringen von Vermögensgegenständen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung stempelfrei bleiben.)

Abg. Schenk (Frl. Volksp.) bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne schwer verständlich begründet seinen Antrag, der die Gesellschaften mit beschränkter Haftung den Aktiengesellschaften gleichstellen wolle. Man dürfe grade der Bildung dieser Art von Genossenschaften keine Schwierigkeiten machen, nachdem man durch Reichsgesetz einem dringenden Bedürfnis abgeholfen habe.

Abg. Noelle (nl.) hält die Abschwächung der Regierungsvorlage künftiglich der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung seitens der Kommission nicht für genügend und empfiehlt deshalb die Annahme des Antrags Haae. Die Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung hätten sich als wirtschaftlich notwendig, besonders in der Zuckerindustrie erwiesen.

Abg. Gotheim (Frei. Ber.) weist darauf hin, daß in fremden Staaten keine derartigen Stempel bestehen, daß also diejenigen, die eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen wollen, die Gründung im Auslande vornehmen und ihren Wohnsitz dann ins Ausland verlegen können, um den Stempel zu umhören. Die Umwandlung der Aktiengesellschaften in Gesellschaften mit beschränkter

Haftung werde durch den hohen Stempel aufs Neueste erschwert. Deshalb empfiehlt sich die Annahme der Anträge Richter oder des Antrags Schenk.

Abg. v. Dallwitz (lons.) vertheidigt den Kommissionsbeschluss. Es sei durchaus gerechtfertigt, daß Urkunden über Rechtsgeschäfte bezüglich Umwandlung von Werthformen mit einem Wertstempel belegt werden. Diesem Grundbegriffe widerspreche der Antrag Richter. Der Antrag Kirsch sei indes unannehmbar, da er auch eine bessere Fassung enthalte.

Abg. Richter (Frl. Volksp.): Ich verstehe nicht, wie der Finanzminister und die Parteien dieser Hauses angehören des neuen Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Hand dazu bieten können, die Anwendung dieses Gesetzes durch neue Steuerzölle einzuschränken. Bei der Berathung jenes Gesetzes war man allgemein darüber einverstanden, daß hier eine überaus zweckmäßige neue Rechtsform geschaffen sei, deren Einführung man in jeder Weise begünstigen müsse. Kaum hat man einen Anfang damit gemacht, so legt der Frls. bereits seine Hand darauf. Der national-liberale Antrag ist das Wohlste, was man an Erleichterungen des Kommissionsschlusses fordern kann. Man hat allerdings beim Einkommensteuer-Gesetz diese Gesellschaftsform freigelassen.

Wenn man jetzt die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Besteuerung anders behandle, so müßte eine Änderung innerhalb der Einkommensteuer herbeigeführt werden. Dann würde aber in Betracht ziehen sein, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, eine solche Doppelbesteuerung aufrecht zu erhalten, daß dasselbe Einkommen als Gesellschafts- und als Theilhaber-Einkommen herangezogen wird.

Die Bildung der Aktiengesellschaften hat bereits Gegenstände ergriffen, die für den speziellen Betrieb der Aktiengesellschaften gar nicht passen, die wir auch nicht hineingezogen wissen wollen in all' das, was mit dem Aktienwesen zusammenhängt, mit dem Börsenhandel, der Kursteuerung u. s. w. Diesem Nebelstande haben gerade die Gesellschaften mit beschränkter Haftung entgegengewirkt, die noch eine große Zukunft haben. Die Herren, die sich für die Erhaltung des Großgrundbesitzes interessieren, sollten auch auf diese Form aufmerksam sein. Man wird fünftig, anstatt den ererbten Grundbesitz zu thellen, Kapital herauszuzahlen und den Bestk hypothekarisch zu belasten, ihn in der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung bewirthschaften. Wir haben über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Anwendung der Form der Gesellschaften mit beschränkter Haftung noch gar keine praktischen Erfahrungen; wir bestehen keine Statistik darüber. Es handelt sich also um eine Ausdehnung des Steuertarifs ins Blaue hinein. Für eine fiskalische Summe, die an sich gar nicht ins Gewicht fällt, wird eine solche gesunde Entwicklung in Frage gestellt. Was die Aktiengesellschaften betrifft, so halte ich es nicht für angemessen, daß, nachdem das Reich dieselben besteuert hat, auch die Einzelstaaten noch eine Kleinstaats herauszuziehen suchen. Eine derartige Politik schlägt sich nicht für Einzelstaaten. Verfassungswidrig ist es ja nicht; denn zu der Zeit, als die Verfassung emanzipiert wurde, dachte man noch nicht an Reichsstempelabgaben. Diejenigen Herren, die dem Großkapitalismus schranken ziehen wollen, mögen erwägen, daß gerade diese Gesellschaftsform es ermöglicht einer Vielzahl Theile zu nehmen an dem Gewinn des Großbetriebs (Vielfall links.).

Minister Dr. Miquel: Ich bitte alle Anträge mit Ausnahme des Antrages Kirsch abzulehnen. Ein Fixstempel, wie ihn Abg. Richter verlangt, würde nirgends ungerechtfertigter sein, als im vorliegenden Falle. In vielen Fällen wird der Stempel von 1,50 Mark bei $\frac{1}{10}$ Prozent garnicht herauskommen. Es würde also sehr mechanisch sein, wenn wir Fixstempel einführen wollten bei Gesellschaften, die in ihrer Bedeutung und ihrem Kapitalumfang so verschieden sind. Die Entwicklung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu verbinden, steht mir fern, ich halte es für eine sehr große Wohlthat, daß solche Gesellschaften bestehen können. Aber eine ungerechte Privilegierung der einen Art von Gesellschaft, die darin besteht, daß dieselbe vollkommen von der Einkommensteuer und daher auch von der Gemeinde-Einkommensteuer frei bleibt, darf nicht länger andauern, zumal da gerade diese Gesellschaften vorwiegend einen Erwerbscharakter haben. Viele Aktiengesellschaften verwandeln sich in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, um der Besteuerung zu entgehen. Das wesentliche ist die Vereinigung von Arbeit und Kapital. Sobald aber Kapital von mehreren Millionen vorhanden sind, dann tritt die rein kapitalistische Form in den Vordergrund.

Abg. Möller (nl.): Ich stehe im wesentlichen auf dem Standpunkt des Abg. Richter. Die Ansicht des Finanzministers, daß der Unterschied zwischen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Aktiengesellschaft nicht so groß ist, daß eine verschiedene Behandlung erforderlich ist, kann ich nicht thellen. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben eine große sozialpolitische Bedeutung, es liegt kein Grund vor, diese noch besonders zu beladen. Sollte der Antrag Richter nicht angenommen werden, so werde ich für den Antrag Haae stimmen.

Abg. Paradies (Frl. Vp.): Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung bilden, wie die Erfahrung lehrt, besonders für kleine landwirtschaftliche Betriebe die geeignete Form. Dies sollten doch auch die Herren von der Rechten bedenken und dem Antrage Richter zustimmen. Auch Gesellschaften, die zu rein wohltätigen Zwecken gegründet sind, werden von dem Stempel betroffen. So besteht z. B. in Bonn ein evangelisches Vereinshaus, das wohltätige Zwecke verfolgt, dieses müßte die Stempelsteuer zahlen, sobald sich nur eine kleine Verzinsung des von den Wohltätern zusammengebrachten Anlagekapitals ergibt. Es ist also nicht richtig, daß diese Gesellschaften immer in erster Linie reinen Erwerbszwecken dienen, wie der Finanzminister meint.

Abg. Schenk bittet nochmals um die Annahme seines Antrages. Damit schließt die Erörterung.

Für den Antrag Schenk zu 26a stimmen nur die freisinnigen Parteien, für den Antrag Richter zu 26a außer den freisinnigen einige Nationalliberale, für den Antrag Haae stimmen die Freisinnigen, die Nationalliberalen und ein Theil des Centrums. Diese Anträge sind also sämtlich abgelehnt. Nr. 26a wird mit dem Antrag Kirsch angenommen.

Inserate, die schriftgepolte Petitionen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugte Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Berantwortlich für den Inseratetheil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Zur Begründung seines Antrages zu 26c (siehe oben) bemerkte Abg. Richter (Frl. Volksp.): In 26c handelt es sich um die Besteuerung desjenigen, was die Gesellschaften bei Bildung der Gesellschaften einbringen. Zum Beispiel ein Vater hinterläßt ein landwirtschaftliches Erbgut im Werthe bis zu 200 000 Mark. Darunter sind 150 000 Mark Immobilien und 50 000 Mark bewegliches Eigentum. Nun bilden die Söhne — es sind ja zwei Personen — ausreichend zur Bildung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung — eine solche Gesellschaft, um ungeteilt das Erbe zu verwalten. Wenn die Besteuerung in 26c bestehen bleibt, so müssen die beiden Söhne dafür, daß sie das Vermögen in die Gesellschaft mit beschränkter Haftung einbringen, den Kaufstempel von 1 Proz. also 1500 Mark noch besonders bezahlen. Das wäre eine ungerechtfertigte Härte, die unter allen Umständen beseitigt werden müßte. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Antrages (Vielfall links.).

Finanzminister Miquel: Der Grund der Doppelbesteuerung liegt gerade in der Veränderung des Eigentums durch Übergang von einer Person auf die andere. Unter welchem Titel das geschieht, ist vollkommen ohne Bedeutung. Diese allgemeine Definition trifft hier in vollem Maße zu; denn es geht hier um ein Eigentum an eingebrachtem Grundstück von einer bestimmten Person auf eine Gesellschaft über. Ich bitte daher um Ablehnung des Antrages Richter.

Abg. Kirsch (Centr.): Wir werden gegen den Antrag Richter stimmen, denn wir wollen hier eine Mehrbelastung schaffen, da ja Gesellschaften mehr zahlen können, als einzelne Personen. Da für wollen wir später bei den Miethsvorträgen eine Erleichterung. Es handelt sich hier darum, das Großkapital schärfner heranzuziehen.

Abg. Dr. Krause (natl.): Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung stehen sowohl juristisch als wirtschaftlich den Handelsgesellschaften näher als den Aktiengesellschaften. Ihnen haftet der kapitalistische Charakter nicht so an, wie den Aktiengesellschaften. Ich werde deshalb für den Antrag Richter stimmen. Auf eine weitere Anfrage des Redners erwidert

Gehirnrat Rathjen, daß, wenn Grundstücke in eine Gesellschaft eingezahlt würden und diese auf Grund des Gesellschaftsvertrages mit einem Stempel versehen seien, kein Auflösungstempel mehr vom Richter erhoben werden könnte.

Abg. Richter: Die Nummer c hat gar keine Bedeutung für das Großkapital. Der finanzielle Effekt beträgt 30 000 bis 40 000 M. Für diese Ortschaften will man die ganze Gesellschaftsbildung außerordentlich erleichtern und in eine falsche Richtung bringen.

Minister Dr. Miquel: Wenn es sich hier um eine finanzielle Quälkunst handelt, dann ist es doch auch eine Quälkunst für den, der das Erbgut einbringt. Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung kann Niemand übersehen. Gegenüber den Vorstellungen, die die Freilassung von der staatlichen Einkommensteuer gewährt, ist dieser Stempel in der That eine Quälkunst.

Abg. Kirsch (Cir.) führt aus, um die vom Abg. Richter geäußerten Bedenken zu beseitigen, könne man eine Unterscheidung zwischen denen, die über 500 000 M. einbringen und denen, die weniger einbringen, in das Gesetz einführen.

Abg. Dr. Klasius (lons.) wirft die Frage auf, wie sich der Antrag Richter zum geltenden Gesetz verhält, und empfiehlt Ablehnung des Antrages.

Abg. Richter: Ich will in Bezug auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung nichts anderes wie die Kommission in Bezug auf die Handelsgesellschaften. Es ist sehr leicht möglich, daß die Regierung aus dieser Bestimmung gar keine Mehrbelastungen hat und daß trotzdem der Einzelne stark belastet wird. Die Natur dieser Frage ist so einfach, daß gar kein Zweifel darüber bestehen kann.

Abg. Dr. Krause (nl.) hält die gegen den Antrag Richter erhobenen Einwände nicht für stichhaltig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Jansen (Cir.), Dr. Klasius (lons.), Ostwald (natl.) wird die Nummer 26c unter Abstimmung des Antrags Richter unverändert angenommen. Für den Antrag Richter stimmen die beiden freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen und der größte Theil des Centrums. Präsident v. Kölle erklärt dies für die Minderheit.

Für die unveränderte Nummer 26c erheben sich nur die Konseriativen, Freikonservativen und sehr wenige Centrumsabgeordnete.

Präsident v. Kölle erklärt, dies sei die Mehrheit.

Zu Nummer 26d wird der oben mitgeteilte Antrag Haae nach kurzer Debatte abgelehnt, 26d wird in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Ohne Debatte wird der Rest der Nr. 26 angenommen, ebenso die Nrn. 27 bis 30.

Nr. 31 der Regierungsvorlage (Tageschein für Deutsche 5, für Ausländer 10 M.) ist von der Kommission gestrichen worden. Das Haus beschließt dementsprechend ohne Debatte.

Zu Nr. 34 (Kauf- und Tauschverträge) und Nr. 37 (Leibrenten- und Rentenverträge) werden redaktionelle Änderungsanträge des Abg. Jansen (Cir.) angenommen.

Zu Nr. 40 (Gutsbarkeitsstempel) zieht Abg. Richter seinen Antrag auf Streichung der ganzen Position zurück.

Nr. 49 setzt für schriftliche und mündliche Mieths- und Pachtverträge jeder Art, sofern der jährliche Pacht- oder Mi

verzeichnisses, während der Antrag **Haa** diese Verpflichtung bestehen lässt.

Abg. Windler (cons.) erklärt, daß seine Partei an den Vorschlägen der Kommission festhalte. Da die Regierung erklärt habe, daß sie mit den jetzigen Kontrollmaßregeln nicht auskomme, so sei es Wünscht, ihr genügende Kontrollmaßregeln zu bewilligen.

Abg. Dr. Krause (nl.): Wir haben den Punkt der Miethsverzeichnisse in unserem Antrage nicht berücksichtigt, da ein Theil meiner Freunde Anhänger des Verzeichnisses ist. Einmuthig aber sind wir in der Frage der Befreiung der mündlichen Miethsverträge. Die meisten Verträge sind ja tatsächlich stets mit Stempeln versehen, weil die Bevölkerung glaubt, daß solche Verträge ohne Stempel ungültig sind und weil sie sich nicht der Gefahr einer Entdeckung aussetzen will. Der Minister hat ja selbst in der Kommission erklärt, daß wenn man auch die mündlichen Miethsverträge nicht besteuere, doch schon in dem Verzeichnis eine große Kontrollmaßregel liege. In dem Kommissionsbericht ist gesagt, daß es sich hier um eine wichtige sozialpolitische Maßregel handelt. Das ist aber nicht der Fall. Man kann doch nicht einen mündlichen Kontakt mit einem Urkundenstempel versehen, da hier von einer Urkunde nicht die Rede sein kann. Wenn der Staat auf den Mehrertrag nicht verzichten will, so fragt es sich doch, ob überhaupt der Mehrertrag notwendig ist, und sobann, ob der vorgeschlagene Weg der Miethssteuer der geeignete ist. Wir halten diesen Weg nicht für gangbar; für notwendige Lebensbedürfnisse Steuern zu zahlen, halten wir nicht für nötig, und das Wohnen ist doch ein Lebensbedürfnis. Von einer Steuerbefreiung der Miethsverträge unter 300 M. haben wir bisher keine Nachrichten gesehen. Wir bitten Sie deshalb, unser Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. Miguel: Eine sehr lange Erfahrung hat bewiesen, daß auf keinem Gebiete der Urkundenbestempelung die Defraude stärker ist als auf dem der Miethsverträge. Dieser Zustand kann nicht fort dauern, denn er würde dahin führen, daß gewissenhafte ehrliche Leute verstempeln, die große Masse aber nicht. In dem Miethsverzeichnis liegt auch keine Erschwerung, sondern eine ganz außerordentliche Erleichterung, denn es ist doch praktischer, einmal im Jahre ein Verzeichnis der Miether einzurichten als jedesmal bei einem Vertrage denselben Stempeln zu lassen, und besonders gar wenn sehr viele Parteien in einem Hause zusammen wohnen. Früher war der Miether und Vermieter haftbar, während jetzt nur noch der letztere verantwortlich ist. Wenn nun aber nicht mehr die einzelnen Verträge bestempelt werden, sondern nur noch das Verzeichnis, so liegt doch kein Grund vor, bei den mündlichen Verträgen anders zu verfahren, als bei den schriftlichen. Die Verteilung für das Objekt, für die Benutzung einer Wohnung, ist doch in beiden Fällen die gleiche. Werden die mündlichen Verträge von dem Stempel befreit, so büßt die Deklaration ihre Qualität als Kontrolle fast ein. Lassen wir die mündlichen Verträge frei und verschärfen wir die Kontrolle, so wird dadurch die Neigung, nur mündliche Miethsverträge abzuschließen, erheblich wachsen, und das materielle Ergebnis würde ein sehr geringes sein. Ob eine Miethssteuer drückend ist oder nicht, das hängt aber wesentlich von der Höhe derselben ab. Die jetzige Steuer aber beträgt nur $\frac{1}{10}$ von der früher in Berlin erhobenen und sogar nur $\frac{1}{100}$ von der in Frankfurt a. M. erhobenen Miethssteuer. Die Regierung hat bereits zugelassen, die Grenze der Steuerfreiheit von 150 auf 300 Mark heraufzusetzen; zwischen 150 und 300 Mark liegen Millionen Miethsverträge. In Berlin haben die Arbeiter Wohnungen meist unter 300 Mark inne. Wenn die Kommission auf die Mehreinnahmen aus dem Stempel für Miethsverträge hätte verzichten wollen, dann hätte sie eine Reihe Ermäßigungen nicht vornehmen dürfen. Sollten sich aus dieser Stempelfsteuer Mindereinnahmen ergeben, so würde die Regierung nicht im Stande sein, dem Gesetz anzustimmen.

Abg. Kirsch (ctr.): Wenn wir das Miethsverzeichnis ablehnen und es bei dem bisherigen Rechtszustand lassen, wird eine Einnahmeausfall nicht entstehen. Dass viele Defrauden bei dem Stempel vorgekommen sind, geben wir alle zu. Das besteht sich aber nur auf die schriftlichen Miethsverträge. Die Konsequenz der Ausführungen des Ministers wäre die, daß dafür, daß bei den schriftlichen Miethsverträgen Defrauden vorgekommen sind, alle Diejenigen bestraft werden müssen, die bisher mündliche Miethsverträge abgeschlossen haben. (Sehr gut! links und im Centrum.) Die Hoffnung, daß in Folge des Miethsverzeichnisses die Zahl der schriftlichen Verträge zunehmen und die Miethsprozesse abnehmen werden, kann ich nicht teilen. Die meisten Miethsprozesse beziehen sich auf Herstellung der Wohnräume und Ähnliches, diese Prozesse nehmen nicht ab, ob die Verträge schriftlich oder mündlich abgeschlossen sind. Hier liegt ein Verlassen des Prinzips vor, daß nur Urkunden besteuert werden dürfen. Da heißt es für uns: *principia obstat*. (Sehr richtig!) Der größte Theil meiner politischen Freunde ist der Überzeugung, daß dem Lande nicht mehr neue Steuern auferlegt werden dürfen. Nehmen Sie meinen Antrag an.

Abg. Schenk tritt für seinen Antrag ein. Die Miethsverzeichnisse seien, abgesehen von der Steuer an sich, schon eine schwere Belastigung.

Abg. Dr. Alasing (cons.): Sie werben es begreiflich finden, wenn ich bei dem wichtigsten Punkte dieses wichtigsten Gesetzes der ganzen Session namentliche Abstimmung beantrage, und zwar sowohl über den Antrag Kirsch wie über den Antrag der Nationalliberalen.

Abg. Freiherr v. Bedlik (frk.): betont die Notwendigkeit, eine finanzielle Schädigung des Staates zu vermeiden. Eine solche würde aber sicher eintreten, wenn die vorliegenden Anträge angenommen würden. Ganz besonders sei das Mietherverzeichnis unerlässlich. Für die Regierung sei das Gesetz unannehmbar, wenn die Besteuerung der mündlichen Verträge aufgehoben würde.

Abg. Richter (fr. Bpt.): Sie werden es begreiflich finden, wenn ich bei dem wichtigsten Punkte dieses wichtigsten Gesetzes der ganzen Session namentliche Abstimmung beantrage, und zwar sowohl über den Antrag Kirsch wie über den Antrag der Nationalliberalen. Es ist von dem Kompromiß gesprochen worden. Wir haben vorher erfahren, daß man sich auf der rechten Seite gar nicht an Kommissionsbeschlüsse gebunden glaubt, in dem Augenblick, wo man vielleicht durch Zufall in den Besitz der Majorität gelangt ist. So hat sich im § 26d plötzlich auf das Stichwort "Regierungsvorlage" hin auf der rechten Seite, wo man sich auf dies Stichwort sehr gut eingeholt hat (Unruhe rechts), eine Mehrheit erhoben und diese Position gegen die Kommission wieder hergestellt. Wenn Frhr. v. Bedlik meint, daß das Gesetz für die Regierung unannehmbar ist, wenn nicht der Kommissionsbeschuß angenommen wird, so möge er doch diese Erklärung lieber dem Staatsministerium selbst überlassen, da man eine solche Meinung nur dann respektieren kann, wenn sie von autoritativer Seite ausgeht. (Sehr gut! links.) Würde die Regierung an diesem Punkt das Gesetz scheitern lassen, so würde sie damit beweisen, daß sie ihm gar nicht eine so große Wichtigkeit beilegt. Wozu sollen wir an diesem Gesetz überhaupt mehr Freude haben als die Regierung? Die ganze Miethssteuer halte ich für verwerflich, es ist unangemessen, einen Stempel für Urkunden zu erheben, die im Privatverkehr ausgetauscht werden und wozu man gar keiner Mitwirkung der Behörden bedarf. Da es sich hierbei bisher nur um eine Einnahme von

200000 Mark handelt, so thut man doch am besten, den ganzen Stempel auf den Aussterbe-Etat zu legen. Auch Fürst Bismarck hat ja bekanntlich dieselben Ansichten in Bezug auf Bachtverträge in entschiedener Weise ausgesprochen. Die zahlreichen Defrauden, die der Finanzminister erwähnt, sind kein Beispiel von Demoralisation, sondern entstehen ganz natürlich, weil das Volk diese Steuer sich nicht erklären kann. Die Bachtverträge sind allerdings gegen die Regierungsvorlage erleichtert, das ganze Schwergewicht fällt aber auf die Miethsverträge, und tatsächlich wird da die Steuerlast verhülfacht. Berücksichtigen Sie die Ungleichheit, mit der sich dieser Stempel auf das Land vertheilt! Glücklich die Gegend, wo jeder noch sein kleines Häuschen besitzt und wo die Zahl der Miethswohnungen verhältnismäßig klein ist! Aber ist es denn gerechtfertigt, die Miethswohnungen zu besteuern, eine Belastung, die wesentlich die industriellen Gegenden betrifft? Berücksichtigen Sie auch die Schwierigkeiten der Kontrolle. Unter anderem müssen da auch allerhand Nebennutzungen bei der Berechnung berücksichtigt werden. Die lästige Kontrolle von Haus zu Haus mit ihren vielen Schreiberien steht in gar keinem Verhältnis zum finanziellen Ertrag. Erleichterungen sind in der Kommission nur wenige von der Regierung zugestanden, und gerade beim Polizeiappell, auf dem man sich bezogen hat, fällt das Hauptgewicht auf die Mehrbelastung der Feuerwehrleute. Überhaupt ist aus dem Gesetz mit Sicherheit auf Mehreinnahmen bis zu 4 Millionen zu rechnen. (Widerspruch rechts.) Die Schätzung ist ja schwer, aber die Ausfälle sind außerordentlich hoch, die Mehreinnahmen äußerst niedrig veranschlagt. Wenn wir einen ungünstigen Krieg geführt hätten, würde ich verstehen, daß man in der Weise fiskalisch vorgeht. In diesem Fall bitte ich Sie aber, eine an sich ungerechtfertigte irrationale Steuer nicht weiter auszubauen. (Beifall links und im Centrum.)

Minister Dr. Miguel: Abg. Richter bekämpft Miethssteuer und Stempel überhaupt, darin wird ihm die Mehrheit nicht Recht geben. Wenn wir hier unter Führung des Abg. Richter Einnahmen preisgeben, so bekommen wir keinen Erfolg mehr (Beifall rechts). Wenn wir wesentliche Einnahmen verlieren, so ist das wesentlich die Schuld des Abg. Richter. (Beifall rechts, Unruhe und Widerspruch links.) Wenn Abg. Richter die Vorlage genau studirt hätte, müßte er wissen, daß Nebennutzungen überhaupt nicht zur Besteuerung gelangen. (Sehr richtig! rechts.) Den Versuch des Abg. Richter, einen Gegensatz zwischen Haus und Regierung, hier wo es sich um Landesinteressen handelt, festzustellen, weise ich zurück (Beifall rechts.) Wir vertreten die Interessen des Landes genau ebenso wie der Abg. Richter. (Beifall rechts.) Gegenwärtig wissen die Stempelfiskale noch Beziehung mit dem Gesetz, aber in der Folge weiß niemand mehr, was Rechts ist. Einen solchen Zustand zu befestigen, hat für das Volk das größte Interesse. (Beifall rechts.)

Ein Beratungsantrag wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Stempelsteuergesetzes.) Schluss $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. [Bismarck und Bötticher.] Der "Reichsanzeiger" kann auch ironisch sein. Er bringt eine Entgegnung auf die letzte Rede des Fürsten Bismarck, im Besonderen auf den Passus von den Ministern, die am Amte "klebten" und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könnten. Dieser Passus sei mehrfach auf Herrn v. Bötticher bezogen worden. Zum Beweise "wie irrthümlich" veröffentlich der "Reichsanzeiger" ein Handschreiben des Kaisers an Herrn v. Bötticher vom 29. März 1892. Ja, aber welche Bezugnahme ist "irrthümlich"? Die der Presse oder die des Fürsten Bismarck? Der "Reichsanzeiger" stellt sich so an, als nehme er den Fürsten Bismarck gegen falsche Auslegungen von Seiten der Presse in Schutz. In Friedrichsruh, wo man für Ironie Verständnis hat, wird wohl bald die Feder gespitzt werden, um mit entsprechender Eleganz zu antworten. Fürst Bismarck hat wieder einmal das Bedürfnis nach den erfrischenden Emotionen eines regelrechten politischen Kampfes. Fürst Bismarck greift nicht an, wenn die Gegner schon halb am Boden liegen. Somit zeigt seine streitbare Stimmung, daß die Männer und die Tendenzen, denen sein Kampftruf gilt, im Augenblick sehr fest stehen. Die agrarischen Führer sind nicht die Einzigsten, die gewisse Hoffnungen für lange Zeit zu begraben haben.

Das schmeichelhafte Handschreiben, das der Kaiser am 29. März 1892 an Dr. v. Bötticher richtete, hat folgenden Wortlaut:

Mein lieber Staatsminister v. Bötticher! Schon mündlich habe Ich Ihnen zu erkennen gegeben, daß Ich Ihnen außer Stande sehe, Ihrem Geschick um Entlassung aus Ihren gegenwärtigen Amtern zu entsprechen. Sie wissen, wie hoch Ich Ihre Verdienste schätze, welche Sie sich in einer längeren Reihe von Jahren um das Reich wie um Preußen erworben haben, und Ich kann, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht auf die Hilfe einer so bewährten Kraft, wie Ich Sie in Ihnen sehe, verzichten. Ich halte Mich auch verpflichtet, daß Ich nicht vergeblich Ihren Patriotismus anstreue, wenn Ich an Sie die Aufforderung richte, auch fernerhin Ihre Dienste in Ihrer jetzigen Stellung Mir und dem weiteren wie dem engeren Vaterlande zu widmen. Ich verbleibe Ihr wohlgegebener Wilhelm R.

Zu Ehren des Meisters Prof. Ad. Menzel veranstaltete der Kaiser gestern Abend im Schlosse Sanssouci zu Potsdam ein Konzert im Style und Kostüm Friedrichs des Großen.

Fürst Bismarck soll seit einigen Tagen wieder leben und sollen daher auch die angesagten Empfänge verschoben worden sein.

Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein ist am Freitag nach Beendigung der Vereisung des Eifelgebietes nach Berlin zurückgekehrt.

Der Preußische Ausschuß für die Eröffnung des Nordseekanals hat nunmehr seine vorbereitende Thätigkeit abgeschlossen. Es sind dem Ausschuß insgesamt 298 Anmeldungen zugegangen. Hiervon konnten nicht mehr als 165 berücksichtigt werden. Die ergangenen Einladungen vertheilen sich auf die verschiedenen Nationalitäten, wie folgt: Deutsches Reich 78 (angemeldet 156), Österreich-Ungarn 6 (angemeldet 11), Belgien 2 (angemeldet 3), Schweiz 2 (angemeldet 6), Dänemark 5 (angemeldet 12), Frankreich 18 (angemeldet 20), England 12 (angemeldet 16), Italien 9 (angemeldet 13), Niederlande 7 (angemeldet 11), Russland 12 (angemeldet 16), Schweden-Norwegen 8 (angemeldet 14), Spanien 3 (angemeldet 5), Rumänien 1 (angemeldet 1), Amerika 7 (angemeldet 13), Australien 0 (angemeldet 1). Auf 142 Anmeldungen entfallen also 87 Einladungen. Unter den eingeladenen befinden sich 21 Vertreter illustrierter Blätter, darunter 11 Deutsche und 10 Ausländer. In Berlin sind Vorlehrungen getroffen, den auswärtigen über Berlin kommenden Festteilnehmern in einem

besonderen Komiteesaal, im "Kaiserkabinett" die für dieselben wünschenswerten Informationen zu erhalten und persönliche Verführung zwischen den Berliner und der auswärtigen Presse anzubahnen. Ein Sonderzug, welcher Montag, den 17. Juni, um 1 Uhr 5 Min. Mittags vom Lehrter Bahnhof abgeht, wird die mit Legitimationen versehenen Festteilnehmer nach Hamburg bringen. Sodann erfolgt in der Nacht vom 19. zum 20. mit Sonderzug von Hamburg nach Kiel. In Kiel wird am 21. Punkt $\frac{1}{2}$ Uhr früh der Dampfer "Von Walsumar" von seiner Anlegestelle nach Holtenau in See gehen. An der am 21. stattfindenden Flottenrevue wird das Kreuzschiff von einer Stelle aus festen Stelen, die einen besonders günstigen Ausblick gestaltet. Dem Kreuzschiff-Ausschuß ist von Seiten des Norddeutschen Lloyd eine Einladung zur Fahrt von Kiel über Cap Skagen nach Bremen an Bord der Schnelldampfer "Kaiser Wilhelm II" und "Trave" (50 Blätter) zugegangen.

L.C. Es bleibt dabei, daß die Interpellation Sattler u. Gen. betr. den Prozeß Mellage erst nach der Kanalfahrt auf die Tagesordnung kommt.

Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz betreffend die Ausführung des mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Sollkartsels vom 9. Juni 1895; sowie das Gesetz betreffend Abänderung des Bürgersteuer-Gesetzes vom 9. Juni 1895; ferner das Gesetz über den Bestand bei Einschärgung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen vom 9. Juni 1895; sodann das Gesetz betreffend die Kaiserlichen Schutztruppen für Südwest-Afrika und Kamerun und endlich die Bekanntmachung betreffend die Anzeigepflicht beim Auftreten der Schweinepest und des Rothlaufs bei Schweinepest und des Rothlaufs bei Schweinepest.

Die beiden immer noch in Haft befindlichen Berliner Anarchisten Löbs und Krebs werden nunmehr wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Anklage zu stande gebracht werden. In dieser Angelegenheit haben in den letzten Tagen mehrere Zeugenvernehmungen stattgefunden, wobei es sich um die Frage handelt, ob die beiden Genannten tatsächlich im Besitz von Sprengmaterial gewesen waren. Löbs will überhaupt nicht Anarchist sein, sondern nur der extremste Richtung der Sozialdemokratie angehören.

Über die Rede Millerands in der französischen Deputiertenkammer, in welcher dieser die Bezahlung Frankreichs an der Kieler Fete bedauerte, sagt der Vorwärts, die Rede gesäße ihm nicht, sie sei ein Beweis, daß sich dieser alte Demokrat noch nicht zur sozialistischen Anschauung durchgerungen habe.

Aus dem Gerichtssaal.

F. Ostrowo, 14. Juni. Der Schäfer Johann Scholz aus dem Nachbarorte Klein-Töpke, welcher in der hiesigen Gegend namentlich in Bauernkreisen den Ruf eines Wunderarztes hatte, ist vorgestern von der hiesigen Strafkammer in einer Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Sittenkriminalverbrechens zu fünf Jahren Bußhaus verurteilt worden.

Vorales.

Posen, 15. Juni. **Verfügung.** Pastor Kühn aus Lubin ist mit dem 1. Juli d. J. an das Diakonissenhaus in Posen berufen worden. Die Befreiung des dadurch erledigten Pfarrstelle erfolgt durch das Konistorium zu Posen.

* **Personalien.** Gerichtsassessor Schulz in Wentschen ist zum Amtsrichter in Wongrowitz ernannt worden. — Der bisherige Kreiswundarzt des Kreises Kłodzko Dr. Rogowski wurde zum Kreisphysikus des Kreises Koszalin ernannt. — Dem Strafanstalts-Inspektor Elsner zu Rawitsch ist die erledigte Inspektorstelle bei der Strafanstalt zu Halle a. S. vom 16. Juli d. J. ab verliehen worden.

n. Unfall. Gestern Nachmittag 2 Uhr fiel der Haushälter des Kaufmanns Gustav Gimmlt, Breitestraße 12, beim Schaufeln gegen 10 Uhr unglücklich von der Leiter, daß er mit dem rechten Arm in die Scheibe schlug, diese zertrümmerte und sich das Handgelenk erheblich beschädigte. Der Mann mußte ins Krankenhaus geschafft und dort verbunden werden.

s. Terrainkauf. Der Ackerwirth Andreas Leitgeber in Wintary, Dorf, verkaufte vor Kurzem ca. 38 Morgen Terrain für den hohen Preis von 28900 M. Die Häuser sind 2 Dächer und ein Geistlicher und es verlautet, es solle dort eine große katholische Kirche erbaut werden.

Aus der Provinz Posen.

1. Kurnik, 14. Juni. [Schadenfeder.] In dem bei Kurnik belegenen Dorfe Dazzewice brach vorgestern vor Abend auf bisher unauffällige Weise Feuer aus und zwar in dem Wohnhaus des Häuslers Kröll. Das Feuer riss rasch um sich. Das Wohnhaus und die Stallungen brannten total nieder. Von den Wohnungs- und Wirtschaftsgeräthen ist nichts gerettet worden. Alles bis auf ein Gericht-Betten ist verbrannt. Kröll soll nicht verachtet gewesen sein. Er ist durch das Feuer vollständig ruiniert worden.

* Lissa i. P., 15. Juni. [Suum Rektor an der katholischen Schule] hier hat nach dem Tgbl. die Regierung den bisherigen Hauptlehrer Bisch in Lissa ernannt, nachdem derselbe im letzten Winter die Rektorprüfung bestanden. Die Schulaufsichtsbehörde ist gleichzeitig ermächtigt worden, ihm gewisse sonst dem Ortschulinspektor zustehende Amtsgeschäfte zu übertragen. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Genehmigung zur Vermietung von Schulkindern als Hütelkinder, um die Entlassung von Schulkindern und um die Stellung von Strafanträgen bei Schulveräusserungen.

O Lissa i. P., 14. Juni. [Die Schulaufsichtsbehörde] erreicht in hiesiger Gegend eine immer weitere Ausdehnung. Nachdem die beiden Schulen zu Gierschno dieser Epidemie wegen geschlossen worden sind, ist nun auch in Belsenitz aus dem gleichen Grunde bis auf Weiteres der Unterricht ausgelegt worden. In Gierschno sind 20 Kinder dieser heimtückischen Krankheit erlegen.

F. Ostrowo, 14. Juni. [Russisch-polnische Arbeiter.] Nachdem im Kreise Schildberg wiederholt es vorgekommen ist, daß Arbeitgeber russisch-polnische Arbeiter angenommen haben, ohne vorher die politische Einstellung hierzu nachgefragt zu haben, hat der Landrat v. Götz daselbst eine Verfügung erlassen, wonach bestont wird, daß dieses Verfahren unzulässig ist und daß vorkommendenfalls die betreffenden Arbeitgeber auf ihre Kosten über die Landesgrenze gefesselt werden.

z. Obrornik, 14. Juni. [Revisionen der Apotheken und Firmenanzalt.] Gestern haben die Regierungs-Romissare, stellv. Regierungs-Medizinalrat Dr. Schmid aus Posen und Apothekeneigentümer Dr. Bildt aus Jersitz die hiesige Spezialapotheke einer Besichtigung unterzogen, wobei sich auch der hiesige Kreisphysikus Dr. Matthes beteiligte. Hierauf wurde die Drogenhandlung revidiert und das städtische Krankenhaus inspiziert. Heute hat der Regierungs-Medizinalrat in Koszianowko, die dem prakt. Arzte Dr. von Karczewski gehörige Privat-Hellanist für Geistes- und Nervenkrankheiten ebenfalls eine Revision unterzogen.

z. Kratoschin, 13. Juni. [Ortsbenennung.] Seit un-

gefähr 50 Jahren führt der dem Herrn Emil Maczulaitis zu Grembow gehörige, um das Gebüst liegende Grundbesitz von ca. 75 Hektar den Ortsnamen Emilshof, ohne jedoch zuständigen Orts die amtliche Benennung erhalten zu haben. Da diese Bezeichnung im Ortschafts-Verzeichnisse der Post und in der Generalstabskarte schon vorkommt, hat jetzt der Herr Regierungspräsident zu Polen in Folge Antrags dem qu. Besitzthum die amtliche Benennung "Emilshof" beigelegt.

O. Rogasen, 14. Juni. [Besitzveränderung.] Das Vorwerk des Herrn Bremer (früher Otto), dicht an der Stadt belegen, ist heute durch freihändigen Verkauf an den Gutbesitzer Müller aus Schlesien für den Preis von 38 300 M. übergegangen.

① Pleßchen, 14. Juni. [Von einem recht bedauerlichen Unfall] ist der Sohn des hiesigen Ackerbürgers Urbantek heute betroffen worden. Derselbe war auf dem hiesigen Bahnhofe mit Abladen von Bauböllern für die hiesige Holzfirma Gellert beschäftigt. Bekanntlich werden Hölzer über die eigentliche Wagenhöhe der Waggons geladen und werden hierzu an beiden Seiten der Waggons Stücke angebracht. Als II. eine solche Stütze entfernen wollte, stürzten die Balken herunter, II. der nicht schnell genug zur Seite gesprungen war, unter sich begrabend. Obwohl Hilfe schnell zur Stelle war, so sind die Verletzungen doch so schwer gewesen, daß an dem Aufkommen des Verletzten gezweifelt wird.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Breslau, 14. Juni. [Begräbnis. Maßnahmenmarkt.] Am gestrigen Nachmittag um 6 Uhr fand das imposante Massenbegräbnis der Antonenhütter Grubenopfer statt. 17 uniformierte Belegschaften waren aus ganz Oberschlesien mit 16 Fahnen zu der Bestattungsfeier erschienen, an welcher Gefangene, Krieger und Turnvereine sich beteiligten; insgesamt nahmen weit über 1000 Personen teil. Fürst Habsburg ließ durch den Landrat von der Golt einen prachtvollen Kranz niederlegen. Das Begräbnis erfolgte auf Kosten des Grubenbesitzers Grafen Henckel von Donnersmarck. — Die Eröffnung des Marktes erfolgte programmmäßig heut Vormittag Punkt 8 Uhr unter dem wohlhabenden Dreiflang der Gitternischen Gloden. Der Generalbevollmächtigte der Marktkommission, Herr Th. Kutta, hat auch in diesem Jahre es ermöglicht, daß der Markt mit der Stunde seiner Eröffnung in allen Theilen fertig und geordnet erschien, obgleich noch heut Vormittag nicht ange meldete Aussteller erschienen und für ihre Waaren Bläcke hielten. Die gärtnerische Ausschmückung des Platzes ist von Louis Franke im Laufe der heutigen Nacht rasch und geschickt besorgt worden. Der Aufschluß von Kaufmännern war schon heut Vormittag lebhaft und die Kauflust rege.

* Neisse, 14. Juni. [Wie Soldaten erschossen.] Neben den telegraphisch bereits gemeldeten Unfall, der sich am Mittwoch Nachmittag, kurz nach 4 Uhr, bei einer militärischen Übung auf dem Wilhelmsplatz ereignete, wird der "Neisser Presse" folgendes Nähere berichtet: In der westlichen Ecke des Exerzierplatzes oben bei Kaserne V lag die 2. Kompanie des Inf.-Regt. Nr. 63 auf der Erde und nahm Zielschüsse vor; die Ziele waren nach Osten zu, also gegen die Kriegsschule hin ausgestellt. In der Mitte des Wilhelmsplatzes und zwar gerade in der Schußrichtung exerzierte die 1. Kompanie des 63. Infanterie-Regiments. Während des Zielschüßens trat plötzlich aus der Mitte der nur mit Exerzierpatronen versehenen Mannschaften der zweiten Kompanie ein scharfer Schuß und durchbohrte von der gerade in zwei etwas schräg hintereinander stehenden Reihen mit der Front nach den Zielen zu stehenden 1. Kompanie den Musketier Ganz und den schwäb. hinter ihm stehenden Musketier Lorek. Die Kugel traf den Ganz etwa 2 Centimeter über den Nabel, durchschlug in schräger Richtung unter Berreitung der Gingewinde den Unterleib und kam rechts am Rückgrat wieder hervor, zerstörte darauf dem Lorek die linke Hand, in welcher er das Gewehr über Schulter trug, zertrümmerte den Gewehrlösen und drang über der linken Patronentasche zugleich mit Splittern des Gewehrlösen in seinen Unterleib ein, wo sie die Gingewinde zerstörte, im rechten Gesäßmuskel stecken blieb. Am Mittwoch Abend wurde an dem Musketier Lorek in Anwesenheit einer Anzahl von Militär- und Civilärzten im Garnisonslazareth eine Operation vorgenommen und ihm die Kugel ausgeschüttet. Der Musketier Ganz stammt aus Arnoldsdorf bei Stegenhals, der Musketier Lorek aus Hindendorf bei Ober-Glogau; beide dienen das erste Jahr. Die Verwundeten sind bereits am Donnerstag Morgen ihren schweren Verletzungen erlegen. Der Soldat, welcher den verderbenbringenden Schuß abgegeben hat, wurde sofort vom Orte der That weg in Untersuchungshaft abgeführt. Wie verlautet, liegt bei ihm, der bereits das zweite Jahr dient, nicht böse Absicht, sondern lediglich ein bellagenswertes Versehen vor; er hatte in seiner Patronentasche neben seinen Exerzierpatronen noch einen Rahmen scharfer Patronen, die er abzulösen vergessen hatte, und ergriff beim Laden des Gewehres unglücklicherweise diesen statt der Exerzierpatronen.

* Danzig, 14. Juni. [Der neunte ordentliche Berufsgenosenschaftstag] begann hier gestern Abend im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus mit der Begrüßung der zahlreich erschienenen Delegierten durch Oberbürgermeister Dr. Baumhach; ihm dankte Namens der Delegierten Reichstagsabgeordneter Rößle. Es sprachen noch Stadtverordneten-Vorsteher Steffens und Geh. Ober-Regierungsrath Gaspar. — Im Verlaufe der gestrigen Verhandlungen erstattete Fabrikbesitzer Dr. Lehmann-Berlin den Bericht über die Beschlüsse der vom Verbande eingesetzten Kommission zur Prüfung der Unfallverhinderungsgesetz-Novelle. Die Versammlung unterzog sich in eingehender Weise der Berathung dieser Beschlüsse, an welcher sich der Vertreter des Reichsants des Innern lebhaft beteiligte. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Fortsetzung der Prüfung der Kommissions-Vorlage unterbrochen und dem Ausschuss die Berufung eines außerordentlichen Verbandstages zur Fortsetzung der Berathungen überlassen. Als Ort für den nächsten ordentlichen Berufsgenosenschaftstag wurde Berlin bestimmt. An die Berathungen schloß sich ein Festessen, welches mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet wurde. Fleischtagssab. Rößle tostete auf die Ehrengäste und insbesondere den Oberpräsidenten Dr. von Goßler, dessen früheren erfolgreichen Wirkens als Minister aus allen humanen hygienischen Gebieten gebedenkt. Kommerzienrat Dr. Holtz widmete der Stadt Danzig sein Glas. Ober-Bürgermeister Baumhach gedachte der Damen. Architekt Gerhardt-Eberfeld dankte dem Festkomitee, den Herren Stadtrath Claassen und Herzog.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. Man meldet der "Nordd. Allg. Bltg." aus Konstantinopel, daß es den türkischen Behörden gelungen sei, in Djeddah (am Roten Meer) die Ruhe wieder herzustellen. Die Meldung, daß der Sultan erkannt sei, entbehrt der Begründung.

Berlin, 14. Juni. Melange, der Verfasser der dem Aachener Prozeß zu Grunde gelegten Broschüre, ist heute Vormittag hier eingetroffen. Man nimmt an, daß seine An-

wesenheit mit einem beabsichtigten Kassenbetrieb seiner nunmehr freigegebenen Broschüre in Verbindung steht.

Potsdam, 14. Juni. Der Kaiser besichtigte heute früh auf dem Bornstedter Felde das Regiment der Garde-du-Corps und das Leib-Garde-Husaren-Regiment. Mit dem Kaiser wohnten auch der Erzherzog Franz Salvator von Österreich und Prinz Friedrich Leopold der Besichtigung bei. Später folgte eine Gesellschaftsübung der ganzen aus Berlin und Potsdam zusammengezogenen Garde-Kavallerie-Division, wozu auch 4 Batterien des 2. Garde-Feldartillerie-Regiments, 2 Bataillone des 1. Garde-Regiments z. F. und das Garde-Jäger-Bataillon herangezogen waren. Nach einem Paradermarsch der Kavallerie begab sich der Kaiser mit dem Erzherzog Franz Salvator an der Spitze des Regiments der Garde-du-Corps nach der Stadt und nahm darauf das Frühstück bei dem Offizierkorps des Leib-Garde-Husaren-Regiments ein. Heute Abend gegen 7 Uhr fuhr der Kaiser in einspännigem Wagen, den der Kaiser selbst lenkte, vom Neuen Palais nach der Kaserne des Regiments der Garde-du-Corps, um dort an dem Diner des Offizierkorps Theil zu nehmen. Der Kaiser wurde von dem Major v. Mizlaff und dem Offizierkorps empfangen. An dem Diner nahmen noch Theil Prinz Friedrich Leopold, der kommandirende General des Gardekorps, General der Infanterie v. Winterfeld, und die Kommandeure der Garde-Kavallerie-Regimenter.

Neschitz, 14. Juni. 450 Arbeiter des Bergwerks Sankt Fabian haben sich den Streikenden angegeschlossen.

Rom, 14. Juni. Wie verlautet, wird der Justizminister auf Eruchen des Generalstaatsanwalts das Aktenstück in der Giolittischen Angelegenheit der Deputirtenkammer morgen vorlegen. Barzilai und Bonajuto werden Anfragen über den Prozeß Giolitti einbringen.

Rom, 14. Juni. Offiziös wird gemeldet: Bei den Wahlen in die Generalabgeordnetenkammer errang die Regierung einen vollen Sieg. Die Wahlprüfungskommission wählte den ministeriellen Deputirten Tonini zum Präsidenten.

Petersburg, 14. Juni. Die beim Departement für Handel und Manufaktur eingesetzte Kommission, welche die Frage über die Mittel zur Hebung des russischen Landwirtschaftlichen Maschinenbaues bearbeitete, ist unter anderen zu folgenden Beschlüssen gekommen: Zur Beschaffung des notwendigen Rohmaterials in Metall und Holz sind Unternehmern heranzuziehen, sowohl russische als auch Ausländer, welche bereits sind, Fabriken zu eröffnen, die den Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Maschinenbaues speziell angepaßt sind. Bollveränderungen bezüglich landwirtschaftlicher Maschinen und ihrer Theile, welche aus dem Auslande eingeführt werden, sind nicht zu billigen. Die Fragen über Kreditförderungen leitens der Staatsbank, Errichtung spezieller Lehrküche an den technischen Hochschulen für den landwirtschaftlichen Maschinenbau, Ermäßigungen der Eisenbahntarife für Materialien des genannten Maschinenbaues — sind an die zuständigen Stellen überwiesen.

Portsmouth, 14. Juni. Die königliche Yacht "Doverne" hat heute früh die Reise nach Kiel angetreten. Sie wird in Hamburg die Ankunft des Herzogs von York erwarten, welcher dort an Bord gehen wird, um der Eröffnung des Nordostseetaufs beizuwohnen.

Kopenhagen, 14. Juni. Der Kopenhagener Magistrat schlägt der Bürgerschaft vor, einen Auschuß niederzulegen, behufs Aufnahme einer kommunalen Anleihe von 10 Millionen Kronen im Laufe des Sommers.

Brüssel, 14. Juni. Repräsentantenkammer. Der Ministerpräsident de Burlet legte zwei Gesetzwürfe vor; der eine derselben betrifft die Genehmigung der zwischen Belgien und dem Kongostaate abgeschlossenen Konvention, der andere ermächtigt Belgien, der Kongos-Eisenbahngesellschaft ein hypothekarisches Anleihen von 5 Millionen Frs. zu bewilligen. Die beiden Gesetzwürfe wurden einer Kommission überwiesen. Dann genehmigte die Kammerei die Einfuhrzölle von 1½ Frs. auf Malz, von 4 Frs. auf Teigwaren und von 18 Frs. auf Brotkuchen und Sonnigkeiten. Weiter beschloß die Kammer einen Zoll von 30 Frs. auf je 100 Kilogramm Bilde und Geflügelconserve, 15 Frs. auf Fleischconserve und 15 Frs. auf Gemüselconserve, ferner einen Zoll von 60 Frs. pro 100 Kilo auf Süßsäfte, ferner einen Zoll von 30 Frs. auf mit Trüffeln gefülltes Geflügel und von 500 Frs. auf Safran.

San Francisco, 14. Juni. Ein Privatbrief eines Matrosen von dem amerikanischen Kreuzer "Charleston" teilt mit, daß am 12. Mai das japanische Torpedoboot Nr. 16 bei den Fischerinseln scheiterte. Von der aus 14 Mann bestehenden Besatzung sei nur ein Mann gerettet.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Stg."

Berlin, 15. Juni, Vormittags.

Hier verlautet, der Kaiser lasse in der Münze von Prof. Herter modellirte Medaillen zur Eröffnung des Nordostseekanals prägen, von denen einige in Gold geprägte für die Erbauer des Kanals bestimmt seien.

Da hiesigen Kreisen geht das Gerücht, die Königin Regentin von Holland habe den Kaiser nach Amsterdam eingeladen, und der Kaiser werde dieser Einladung nach der Nordlandkreise mit dem Prinzen von Wales Folge leisten.

Hamburg, 15. Juni. Der Weltreisende Otto Ehlers ist bei der Durchquerung Assams von Enggeboren überfallen worden und liegt schwer verletzt in einem Dorfe der Nagas nieden.

Köln, 15. Juni. Bei der alljährlich in Mühlheim stattfindenden großen Fronleichnamsprozession, zu der auch viele Schiffe eintreffen, geriet ein Kahn mit 5 Insassen unter einen Dampfer; 3 wurden schwer verletzt, 2 ertranken.

Wien, 15. Juni. In der Abendsitzung des Wahlreferatschusses, welcher der Ministerpräsident und der Minister des Innern beiwohnten, wurde mit großer Majorität beschlossen, in die Spezialdebatte über den Entwurf des Sub-Komitees einzutreten.

Wien, 15. Juni. Die Lage bleibt ernst. Die gestern Abend verbreiteten Gerüchte von der Beilegung der Krise dadurch, daß man von den slow. Gymnasium

in Cilli absehe, dasselbe dagegen nach Laibach verlege und auf der Grazer Universität Parallel-Klassen einrichte, sind unbegründet.

Rom, 15. Juni. Die Präsidentenkrise ist seitig, da die Mehrheit von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit, die Zusammensetzung der Wahlprüfungscommission betreffend, absicht. Sie begnügte sich damit, der Rede Crispis zuzustimmen, in der er sagt, daß eine so kompakte und große Majorität nichts zu fürchten habe. Man erwartet heute das Votum, welches alle Interpellationen zurückstellt.

Paris, 15. Juni. Die Patrioten-Liga beschloß, am 19. Juni an der Statue Elsaß-Lothringens schweigend zu defilieren, um dadurch gegen die französische Theilnahme an der Kieler Feier zu protestiren.

Paris, 15. Juni. In Lyon verlor die Witwe eines Bauunternehmers, den unter dessen Papieren befindlichen Plan eines Forts durch den Schneider Smeński verkaufen zu lassen. Smeński, welcher bezüglich Schritte bei einem ausländischen Konsul that, was die Polizei erfährt, wurde verhaftet; gegen die Witwe ist Untersuchung eingeleitet.

Madrid, 15. Juni. Aus Havanna wird gemeldet, daß die Rebellen in Cuevas 20 Häuser niederräumen und einige Europäer ermordeten. Der französische Konsul hat schon vom Gouverneur wegen eines ermordeten Franzosen Genugthuung verlangt.

Copenhagen, 15. Juni. Der Zar hat es endgültig aufgegeben, dieses Jahr hierher zu kommen.

Athen, 15. Juni. [Kammer.] Bei stark belebtem Hause legte Delianis das Budget pro 1895 vor. Betreffs der Einnahmen hält er an den von seinem Vorgänger aufgestellten fest. Bezüglich der Ausgaben schlägt er eine Sparlist von 5 Millionen vor, durch Verminderung des Personals in den Ministerien und durch Reorganisation einzelner Dienststelle. Von anderen Entwicklungen legte Delianis namentlich die Bildung eines Rathes der öffentlichen Schulden vor. Zu der Frage über die Einigung mit den Gläubigern äußert der Minister, daß dieselbe im gemeinsamen Interesse beider Parteien geregelt werde würde.

Sofia, 15. Juni. In Folge der Gerüchte, daß Fürst Ferdinand nicht nach Bulgarien zurückkehre, fanden auf dem Bunde, wo man diesem Gerücht Glauben schenkt, große Volksversammlungen statt, in denen man engeren Anschluß an Russland und eine Personal-Union mit Serbien forderte. Die Untersuchung ist dieserhalb eingeleitet.

Newyork, 15. Juni. In Folge einer dampfsessel-Explosion in Longleys Fabrik zu Fall-River stürzte das Gebäude ein und begrub 43 Personen unter sich. Die meisten wurden getötet. Der Trümmerhaufen geriet noch in Brand, wobei die nur Bewunderten darunter, darunter 8 Frauen, lebendig verbrannten.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Berlin, 14. Juni. [Börse.] Wien sandte feste Börsenkurse, die hier aber nur vereinzelt Wiederhall fanden, da der Markt großthells durch die letzten Nachrichten über die chinesisch-russische Anleihe verstimmt war. Das nunmehr sichere Übergehen des deutschen Marktes hat vielfach eine Mißstimmung erzeugt, die heute wieder in großen anfänglichen Verläufen lokaler Bankaktien zum Ausdruck kam. Indes war diese Wirkung schließlich doch bloss vorübergehend und die Festigkeit der Eisenwerthe, besonders wiederum auf auswärtige Bestellungen sowie die neuesten besseren Situationsergebnisse (Preiserhöhungen in Süddeutschland usw.) verwiesen wurde, gaben auch dem Gesamtmarkt den festen Anstrich. Lediglich war das Geschäft durchweg still und auch die stetere Strömung änderte nichts hieran. Von Bankaktien waren Credit und Diskonto-Anteile sowie Deutsche Bank am belebtesten und schwankend, schließlich fest; wegen der Deutschen Bank verlautete wieder von einer Kapitalerhöhung. Deutl. deutsche Bahnaktien waren matt, besonders Marlenburger; Lübeck-Büchener und Gronauer bestätigt. Österreichische Bahnaktien haben sich wenig verändert; Schweizerische und italienische gaben nach, ebenso Henri und Warschau-Wiener. Am Montanmarkt blieben Eisenwerthe und speciell Vochemer bevorzugt; auch Baurahütte und Dortmund waren seiter. Mexikanische Anleihen stiegen über 1 Prozent und Italiener legten schwach ein, erholt sich dann jedoch. Die Gerüchte vom Rücktritt Crispis wurden dementirt. Türkencoche schwächer. Dynamit Trust-Aktien zogen an und Schiffsfahrtsaktien dienten still. Privatdistanto 2½ Prozent. (R. S.)

Breslau, 14. Juni. (Schlußkurse.) Fest.

Neue Sproz. Reichsanleihe 99,50 8½ proz. B.-Pfandbr. 100,60 Konso. Türkei 25,75. Türk. Boote 149,00. 4proz. ung. Goldrente 103,35. Bresl. Diskontobank 118,40. Breslauer Wechslerbank 106,65. Kreditbank 253,75. Schles. Bankverein 126,40. Donnersmarthütte 127,25. Flöther Maschinenfabrik —. Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 153,75. Oberschles. Eisenbahn 84,85. Oberschles. Cement 108,50. Schles. Cement 165,25. Oppeln. Cement 118,50. Krakau 139,25. Schles. Buntstoffen 205,00. Bautz. Hütte 127,00. Verein. Oelsfabr. 88,00. Österreich. Bahnnoten 188,55. Russ. Bahnnoten 220,55. Schles. Cement 100,50. 4proz. Ungarische Kronenrente 99,05. Breslauer elektrische Straßenbahn 194,60. Carlo Hegenbeldt Aktien 87,90. Deutsche Kleinbahnen —. Breslauer Spritzfabrik 136,85.

Zürich, 14. Juni. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2½ proz. Consols 106½. Preuß. 4proz. Consols —. Italien 5 proz. Rente 88½. Bombard. 9½. 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 103. tonv. Türkei 25%. österr. Silber. 85%. österr. Goldrente —. 4proz. ungar. Goldrente 103½. 4prozent. Spanier 67½. 3½. 4proz. Egypter 101½. 4proz. ungar. Egypter 103½. 3½. 4proz. Tribut-Akt. 98%. 4proz. Mexikaner 87%. Ottomansbank 19. Canada Pacific 55. De Beers neue 21. Rio Tinto 16%. 4proz. Rupees 58%. 6proz. fund. arg. A. 73%. 4proz. arg. Goldanleihe 67%, 4½. 4proz. aug. do. 45. 3 proz. Reichsanl. 97%. Griech. 81. Anleihe 34%, do. 87er Monopol-Akt. 87½. 4proz. Griechen 183 der 28%. Bras. 89er Akt. 73%. 5proz. Western de Min. 79%. Neue Registan. Anleihe von 1893 82%. Blasdskont. 5%. Silber 3½. Anatolier 94.

Paris, 14. Juni. (Schlußkurse.) Fest.

Sproz. amortil. Rente 101,20. Sproz. Rente 102,70. Italien 5proz. Rente 89,12½. 4proz. ung. Goldrente 104,57. III. Egypter-Anleihe —. 4proz. Russen 1889 102,40. 4proz. ungar. Egypter 104,60. 4proz. Span. A. 67½. tonv. Türkei 25,95. Türk. Boote 158,10. 4prozent. Türk. Pforzhts-Obligationen 1890 95,00. Franzosen 93,65. Bombarden 24,25. Banque Ottomane 73,00. Frankfurt a. M., 14. Juni. (Effetten-Sozietät.) (Schluß)

Österreich. Kreditattien 343%, Franzosen 374%, Lombarden 97%.
Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 188,00 Diskonto Rom-
m. 220,90 Dresdner Bank 166,80, Berliner Handelsgesellschaft
159,90, Bochumer Gußstahl 160,90, Dortmunder Union St.-Br.
—, Gelsenkirchen —, Harpener Bergwerk 151,90, Hibernia
153,20, Laurahütte 187,30, Sproz. Portugiesen 26,80, Italienische
Mittelmeerbahn —, Schweizer Centralbahn 140,60, Schweizer
Nordbahn 140,80, Schweizer Union 99,30, Italienische Meridio-
nale —, Schweizer Simplonbahn 95,50, Nordb. Lloyd
Mechaniker 87,90, Italiener 88,5, Edison Aktien —, Carlo
Bogengesellschaft —, Sproz. Reichsanleihe —, Türkensee 46,00
Nationalbank 144,20, 1860er Jahre 135,10, Mainzer —, Werra-
bahn —, Still.

Sachsen, 14. Juni. Still. Preuß. 4proz. Konsois 105,80
Silberrente 85,60, Österreich. Goldrente 103,40, Italiener 88,50,
Kreditattien 342,50, Franzosen 935,50, Lombarden 233,50, 1880er
Russen 100,50, Deutsche Bank 197,00, Diskonto Rommandit 220,75,
Berliner Handelsgesellschaft —, Dresdner Bank —, Nation-
albank für Deutschland 144,25, Hamburger Kommerzbank 128,20,
Gübed-Güten, G. 152,90, Marb.-Wienka 90,00, Österreich. Süd-
bahn 101,50, Paraguay 136,20, Nordb. G.-Sp. 184,50, Hamburger
Fackelbahn 105,75, Dynamit-Trust-A.-A. 142,00, Privatdiskont 2%.
Buenos Ayres 31,15.

Petersburg, 14. Juni. Wechsel auf London (3 Mon.) 92,90,
Wechsel auf Berlin (3 Mon.) 45,35, Wechsel auf Amsterdam (3 Mon.) —, Wechsel auf Paris (3 Mon.) 36,80, Russische 4proz.
Consols von 1889 —, Russ. 4proz. innere Staatsrente von 1894
99%, Russ. 4proz. Goldbank VI. Ser. von 1894 151%, Russische
4% proz. Bodentrede-Pfandbriefe 150%, Russ. Südwestbahn-Aktien
—, Petersburger Diskontobank 685, Petersb. Internat. Bank
620, Warschauer Kommerz-Bank 497, Russische Bank für aus-
wärtigen Handel 444.

Rio de Janeiro, 13. Juni. Feiertag.

Bremen, 14. Juni. Börsen-Schlussbericht. Raffinirtes
Petroleum. (Offizielle Notierung der Petroleum-Börse.) Besser.
Lotto 6,95 Br.

Baumwolle. Schwach. Uppland middl. loko 36 Pf.
Schmalz. Ruhig. Wilcog 35 Pf. Armour shield 34%, Pf.
Cudoh 35%, Pf. Fairbanks 30 Pf.

Sweden. Ruhig. Short clear middling loko 31.

Wolle. Umjag: — Ballen.

Tabak. Umsatz: 110 Sezon Carmen, 20 Fach Kentucky, 17

Fach Stengel, 1147 Baden St. Feliz.

Hamburg, 14. Juni. (Schlussbericht.) Kaffee. Good average

Santos per Juni 75%, per September 78%, per Dezember 73%, per

März 72%. Raum behauptet.

Hamburg, 14. Juni. (Schlussbericht.) Budermarkt. Rübendrucker I. Produkt Bafis 88 p.Ct. Rendement neue Usance, frei

an Bord Homburg per Juni 9,72%, per August 9,95, per

Oktober 10,20, per Dezember 10,32%. Ruhig.

Paris, 14. Juni. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest,
per Juni 20,30, per Juli 20,15, per Juli-August 20,30, per Sep-
tember-Dezember 21,0. — Roggen ruhig, per Juni 11,10, per

September-Dezember 12,40. — Mehl fest, per Juni 45,9, per

September-Dezember 45,75, Juli-August 45,85, per September-Dezember 46,20.

— Rüböl bebt., per Juni 48,75, per Juli 49,00, per Juli-August

49,00, per September-Dezember 49,50. — Spiritus matt, per

Juni 31,00, per Juli 31,25, per Juli-August 31,50, per September-

Dezember 32,00. — Wetter: Regen.

Paris, 14. Juni. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko

27,75. Weicher Zucker ruhig, Nr. 3, per 10 Pfund. per

Juni 28,12%, per Juli 28,25, per Juli-August 28,37%, per Ost-

Januar 29,25.

Haare, 14. Juni. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler
u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Haufe.
Riu und Santos Feiertag.

Haare, 14. Juni. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler
u. Co.) Kaffee good average Santos per Juni 94,75, per Sep-
tember 94,25, per Dezember 91,50. Ruhig.

Amsterdam, 14. Juni. Getreidemarkt. Weizen auf Termine
unverändert, per November 168. Roggen loko unverändert, do.
auf Termine wenig verändert, per Juli 11,5, per Oktober —
per November 118. Rüböl loko 23%, per Herbst 23%.

Amsterdam, 14. Juni. Java-Kaffee good average 53.

Amsterdam, 14. Juni. Baumwolle 38%.

Antwerpen, 14. Juni. Getreidemarkt. Weizen ruhig.
Roggen flau. Hafer steigend. Gerste behauptet.

Antwerpen, 14. Juni. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Ras-
finites Type weiss loko 19%, Verkäufer, per Juni-Juli — Br.
per Septbr.-Dezember — Br. Ruhig.

Schmalz per Juni 83%, Margarine ruhig.

Petersburg, 14. Juni. Produktionsmarkt. Talg loko 50,00,
per August —. Weizen loko 9,00. Roggen loko 6,10. Hafer
loko 3,60, Hans loko 44,00. Reinsaat loko 12,00. — Wetter:

Regen.

London, 14. Juni. Chili-Kupfer 42% per 3 Monat 43%.

London, 14. Juni. An der Küste 18 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Schön.

Glasgow, 14. Juni. Hoboken. (Schlussbericht.) Mixed numbers
warrants 43 lb. 2 d.

Glasgow, 14. Juni. Die Vorräthe von Hoboken in den
Stores belaufen sich auf 282 311 Tons gegen 311 128 Tons im
vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen
beträgt 75 gegen 73 im vorigen Jahre.

Liverpool, 14. Juni. Getreidemarkt. Weizen 1/2 d. und

Meals 2 d. niedriger. Mehl ruhig. Wetter: Schön.

Liverpool, 14. Juni Nachm. 4 Uhr 1/2 Mtr. Baumwolle.

Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500

Ballen. Ruhig.

Wittm. amerikan. Lieferungen: Juni-Juli 34%, Juli-
August 3%, Wettb. August-September 34%, Verkäufer, September-
Oktober 34%, Wettb. Oktober-November 34%, Verkäufer, No-
vember-Dezember 34%, Käuferpreis, Dezember-Januar 34%.

Liverpool, 14. Juni. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochens-
umsatz 42000 B., do. von amerikanischen 41000 Ballen, do. für
Spekulation — B., do. für Export 2000 B., do. für will.
Konsum 39000 B., desgl. unmittelbar ex. Schiff 59000, will.
Export 8000 Ballen, Import der Woche 57000 B., davon ameri-
kanische 49000 B., Vorrath 1627000 Ballen, davon amerikanische
1509000 Ballen schwimmend nach Großbritannien 72000 Ballen,
davon amerikanische 48000 Ballen.

New York, 13. Juni. Bauteilebericht. Baumwolle in New-
York 7%, do. in New-Orleans 6% — Petroleum Standard white
in New-York 7,65 do. in Philadelphia 7,60, do. rohes 8,00,
do. Pipeline certif., der Juli 154%, nom Schmalz Western steam
6,70, do. Robe & Brothers 6,95 — Mais Tendenz: behauptet, per

Juni —, per Juli 55%, per September 56% — Weizen beh.,
Rother Winterweizen 82%, do. Weizen der Juni 81%, do.
Weizen per Juli 81%, do. Weizen per Sept. 82%, do. Weizen per
Dez. 84. — Getreidefracht nach Liverpool 1 — Kaffee fair
Rio Nr. 7 16, do Rio Nr. 7 per Juli 14,55, do Rio
Nr. 7 per Sept. 14,70. — Mehl, Spring clears 3,65. — Buder
Nr. 2 — Kupfer 10,70.

Chiango, 13. Juni. Weizen Tendenz: beh., per Juni 78%,
per Juli 78%. — Mais Tendenz: behauptet, per Juni 50%.
— Spec short clear nom. Worf per Juni 12,30.

Berlin, 15. Juni. Wetter: veränderlich.

Newyork, 14. Juni. Weizen per Juni 80, per
Juli 80 1/2.

Berliner Produktionsmarkt vom 14. Juni.

Wind: N. fröhlich + 8 Gr. Raum, 761 Mm. —
Wetter: kühl, regnerisch.

Die Neigung zu Realisationen und die matte Haltung Europas
hatten den Beginn der amerikanischen Börsen beeinflusst, später
war jedoch auf Nachrichten über Ernteschwierigkeiten in Kalifornien
und Waarenfrage der Inlandsmühlen eine Reaktion eingetreten,
die den Wertstand sogar über getreutes Beau hob. Hier war in
Folge dessen die Stimmung eine behauptete, das Gesicht jedoch
eng begrenzt und der Schluss in Folge der Lustlosigkeit die sich be-
sonders im Handel mit effektiver Waare ausprägt, abgeschwächt.

Weizen verlor in verdeckter in behaupteter Tendenz zu weig ver-
änderten Preis n. Gef: 25 Tonnen.

Roggen war etwas durch die belangreichen Wasserszuflüsse
beeinflusst und nur schwach behauptet. Gef: 1200 Tonnen.

Hafer zu guten Preisen gefragt. Gef: 50 Tonnen.

Rüböl ruhig.

Spiritus bei kleinen Geschäften schwach.

Weizen loko 150-163 M. nach Qualität gefordert, Juni
157,50 M. bez. Juli 158,25-158,75-158 M. bez. Septbr. 159
bis 159,50-159 M. bez. Ott. 159,75-160-159,50 M. bezahlt.

Roggen loko 130-135 M. nach Qualität gefordert, Juli
133,50-133,75-133,50 M. bez. September 137,50-137-137,25 M.
bez. Ott. 138,50-138 M. bezahlt.

Mais wie 122-126 M. nach Qualität gefordert, Sept.

116,25 M. bezahlt.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 108-160 M. nach Qua-
lität gefordert.

Hafer loko 123-148,50 M. per 1000 Kilo nach Dual. gef.,
mittel und guter ost- und westpreußischer 127-134 M. do.
pommerscher, uedermärkischer und mecklenburgischer 127-135 M.,
do. schlesischer 127-136 Mark einer schwäbischen, preußischen, nied-
lenburgischen und pommerschen 139-142 M. russischer 126 bis
130 M. do Bahn bez., Juli 129,75-130-129,75 M. bez. Sept.
126,50-126,25 M. bez., Oktober 126 M. bezahlt.

Erbse Kochware 132-165 M. per 1000 Kilo nach Dual. bez., Viktoria-Erbse
150-185 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 22,75-20,50 Mark bez., Nr. 0
und 1: 18,25-16,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 18,75
bis 18,00 M. bez., Juli 18,75 Mark bez., August 18,90 M. bez.,
September 19,05 Mark bez., Ott. 19,15 M. bezahlt.

Müll loko ohne Fach 45,8 Mark bez., Juni 46,2 M. bez.,
Sept. 46,3 M. bez., Oktober 46,4 M. bez., November 46,6 M. bez.,
Dez. 46,7 M. bezahlt.

Petroleum 10% 223 M. bez., Septbr. 22,7 M. bez., Ott.

22,9 M. bez., Novbr. 23 M. bez., Debr. 23,3 M. bezahlt.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko
ohne Fach — M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe
loko ohne Fach 39,6 M. bez., Juni 43,0 M. bez., Juli 43,2 bis
43,0 M. bez., August 43,5-43,8 M. bez., September 43,8-43,5 M.
bez., Ott. 43,4-43,1 M. bez., November 42,4-42,1 M. bez., Dez.
42,1-41,8 M. bez.

Kartoffelmehl Juni 17,80 M. bez.

Kartoffelstärke, trocken, Juni 17,80 M. bez.

Die Regulierungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf
158 M. per 1000 Kilo, für Roggen auf 132 M. per 1000 Kilo,
für Hafer auf 129 Mark per 1000 Kilo. (N. B.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 1,70 M. 7 Gulden südd. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1,70 M. 1 Franc, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Diskonto	Wechsel v. 14. Juni
Amsterdam	2 1/2
London	2
Paris	2
Wien	4
Italien. Pl.	5
Petersburg	4 1/2
Warschau	4 1/2
n-r-l. Lomb. 3% u. 4. Privat 2 1/2	

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sovereigns	20,41 G.

<tbl_r cells="2